

Stadtchefin als „Dienerin“?

Sitzung zwischen Wut, Vorwürfen und Hoffnung

Großauflauf an Gästen im Gmünder Gemeinderat: Diskutiert wurden weniger die Finanzsorgen als die Sorgen um die Gesundheitsversorgung - und der Umgang damit. Auch Besucher mischten, unter Ordnungsrufen des Amtsleiters, mit.

von MARKUS LOHNINGER

GMÜND Nichts ging mehr im Gmünder Rathaus: Die Weihnachtssitzung des Gemeinderates besuchten wegen der Vergabe von Sportförderungen einige Vertreter von Sportvereinen, zugleich schaute eine stattliche Abordnung des Vereins LKGmündbleibt vorbei. Die Sitzplätze waren bald aus, etliche Stühle mussten nachgeschoben werden, einige Gäste harrten drei Stunden im Stehen aus.

Inhaltlich ging es dann in vielen Teilen ums Thema Gesundheitsversorgung. Zunächst brachte SPÖ-Klubchef Thomas Miksch einen Dringlichkeits-Antrag bezüglich der im Mai einstimmig beschlossenen rechtlichen Überprüfung des Übergabe-Vertrages für das Spital zwischen Stadt Gmünd und Land NÖ (2004) bzw. zu dessen Standortgarantie, die „fortgesetzte Untätigkeit“ sei „nicht länger hinnehmbar“.

„Diener des Volkes? Wohl kaum.“ Bevor der Gemeinderat darüber zu befinden hatte, ging es zwischen Stadtführung und LKGmündbleibt heiß her. Bürgermeisterin Helga Rosenmayer (ÖVP) bezog sich auf eine Online-Stellungnahme der Gruppe, in der sie offen angegriffen worden war. Ihr war unter dem Titel „Diener des Volkes? Wohl kaum.“ indirekt „Vasallentreue“ gegenüber einem übermächtigen Land vorgeworfen worden, während es Dankesworte in die Reihen von FPÖ und SPÖ gab.

Die propagierte Parteilosigkeit des Vereins sei nicht mehr gegeben, mahnte Rosenmayer. Menschen im Raum hätten im Landtag für die Schließung mitgestimmt, sie nicht.

„Habe mit allen beim Land und bei der LGA gestritten.“ Niemand habe sich mehr für die Zukunft des Spitals eingesetzt als sie, sie sei „von Pontius zu Pilatus gelaufen“, sagte die Stadtchefin, sie habe „mit allen beim Land

und bei der LGA gestritten“. Zugleich müsse aber auch weitergearbeitet werden, etwa für die Nachnutzung des Spitalsgebäudes im Fall der Schließung und die Ausgestaltung der geplanten neuen „Gesundheitsklinik“.

Rosenmayer: Sie könne sich die „Wut, die sich auf mich konzentriert“, nicht gefallen lassen. Sie sei keine „Dienerin“, weder für das Land, noch für sonstwen – sie sei eine Dienstleisterin für die Gmünder Bevölkerung.

In einem Schlagabtausch zwischen Vereinsvertretern und Stadtführung über den Umgang miteinander wurde – begleitet von Ordnungsrufen des Amtsleiters Horst Weilguni, wonach Besucher im Gemeinderat kein Rederecht hätten – unter anderem die Frage abgearbeitet, warum es zu einem von Helga Rosenmayer vorgeschlagenen Gespräch mit Obfrau Tamara Schönsgibl noch nicht gekommen sei. Beide beklagten mangelnden Respekt alleine schon bei der Terminanbahnung.

Der frühere kaufmännische Spitals-Chef Karl Binder, einst selbst Stadtrat: Man habe den Eindruck, die Stadt kriege die Landesausstellung 2028 „und das Krankenhaus ist uns wurscht“. Rosenmayer: Das Eine habe mit dem Anderen nichts zu tun, das Ausstellungsthema sei schon vor Jahren angelaufen.

„Dass es Scheiße gelaufen ist, wissen wir alle.“ Zumindest auf politischer Ebene herrschte Konsens. Thomas Miksch (SPÖ): Alle hier stünden für den Weiterbetrieb des Spitals als „Seele einer Stadt“, Gemeinderat und Bevölkerung müssten an einem Strang ziehen. Dem pflichtete Martin Preis (ÖVP) bei: Das Ansinnen aller sei es, im „Rahmen des Gesetzes das Bestmögliche für die Stadt herauszuholen“.

Oder Michael Bierbach (SPÖ): „Dass es Scheiße gelaufen ist, wissen wir alle. Beschuldigungen bringen uns aber nicht weiter“, man solle sich im neuen Jahr an einen Tisch setzen.

Facebook als „größtes Geschwür“. Maximilian Stark (ÖVP): Die Emotion untereinander müsse raus, genauso wie Hasspostings – „lassen wir das“. Dazu Bettina Weiß (ÖVP): Ihr blute nach 21 Jahren im Klinikum genauso das Herz. Es gehe um Wertschätzung... da sei „Facebook das größte Geschwür, das wir im Saal haben“. Auch Jürgen Binder (SPÖ) forderte Respekt, Beleidigungen hätten mehr als genug angerichtet.

Letztlich schlug Benjamin Zeilinger (FPÖ) einen „Cut“ vor: Gelaufen seien alle „wie die größten Trottel – und zerstritten mit Leuten, mit denen wir jahrzehntelang zusammengearbeitet haben“. Jetzt gehe es darum, einen

Schritt nach dem anderen zu setzen, „Erfolg ist keine Tür, sondern eine Treppe“.

Und der Dringlichkeits-Antrag des Thomas Miksch? Der war relativ rasch vom Tisch. Er habe „heute schon genug populistische Äußerungen gehört“, raunte ÖVP-Klubchef Preis bei diesem 27. Sitzungspunkt. Gut drei Stunden vor Sitzungsbeginn habe die Gemeinde die mit Beteiligung aller Fraktionen in Auftrag gegebene, erste rechtliche Einschätzung der Causa erhalten: Einen österreichischen Krankenanstaltenplan, der eine Schließung vorsehen würde, gibt es demnach nicht, sie sei eine Entscheidung des Landes NÖ. Das könne den Übergabevertrag von 30. November 2004 nun nicht einseitig abändern.

Das Land muss sich erklären. Martin Preis verlas also einen umgehend von Bürgermeisterin Helga Rosenmayer an LGA und Landesrat Anton Kasser (ÖVP) versandten Brief, wonach eine Schließung des Klinikums der vertraglich vereinbarten Standortgarantie widerspreche. Das Land solle bis 31. Jänner 2026 erklären, wie man zur „gegenteiligen Rechtsansicht“ gekommen sei, und warum es den Vertrag einseitig nicht erfüllen will.

Tosender Applaus aus dem Plenum und aus den Gästereihen.

Vorerst noch kein Geld für den Verein. Eine ebenfalls von Thomas Miksch beantragte Vereinsförderung für LKGmündbleibt wurde indes – einstimmig – vertagt. Weil, so Martin Preis: Das seit Jahrzehnten bestehende Regulativ für Vereinsförderungen sehe ein für alle bindendes Prozedere vor, an dessen Anfang ein Antrag des Vereins steht.

Der soll nun erstellt werden. Vorgesehen wären je 500 Euro für die Jahre 2025 und 2026.

Bewegung in der Bleyleben. Einstimmig wurde auch ein Vertrag verabschiedet, wonach Chirurg David Forkert und Neurologe Tomas Grunda beim Healthacross MED in der Bleyleben Containeranlagen aufstellen dürfen.

Das soll ihnen die Möglichkeit geben, unabhängig von den Entwicklungen und Fortschritten zur hier geplanten „Gesundheitsklinik“ schon neue Übergangs-Räumlichkeiten zu schaffen und darin zu ordinieren. Die Container hätten nichts mit der Gesundheitsklinik an sich zu tun, betonte Martin Preis, der Vertrag läuft auch nur längstens bis zur Bezugsfertigkeit des „Fachärztezentrums“.

Noch ein Gesundheitsthema: Alle gegen Rotkreuz-Pläne. Einstimmig wurde auch eine Resolution gegen das Aus der Nachtdienste in den Rotkreuz-Dienststellen Heidenreichstein und Schrems per Jahresende gefasst.

Die Pläne hatten davor schon für parteipolitischen Hickhack gesorgt. In einer Aussendung der ÖVP wurden die Abgeordneten Martina Diesner-Wais, Margit Göll und Sebastian Stark zitiert: Eva Prischl sei als „zuständige SPÖ-Landesrätin“ aufgefordert, „den Plan mit den betroffenen Gemeinden umgehend zu besprechen und diese im Raum stehende Reduzierung zurückzunehmen!“

In Gmünd knüpfte Gemeinderat Maximilian Stark (ÖVP) daran an: „Das ist eure“, so Stark über Prischl in Richtung SPÖ-Klubchef Thomas Miksch als Antragsteller. SPÖ-Stadtrat Michael Bierbach: Laut Landesrätin handle es sich um eine Order aus der Finanzabteilung, in letzter Konsequenz sei die Entscheidung „Rotkreuz-Sache“.

Auf die politische Ebene hebt das Thema aber auch KPÖ-Landessprecher Max Zirngast: Dass die Pläne erst zwei Wochen vorher über die NÖN publik geworden waren, belege nach dem Ärger um die Spitalspläne das Desinteresse der „schwarz-blauen Landesregierung“ an der Sicherstellung einer hochwertigen Gesundheitsversorgung in der Region, man habe vielleicht gehofft, dieser „weitere Schlag“ gehe in den „Weihnachtswünschen der etablierten Parteien“ unter: „Es braucht wohnortnahe, qualitativ hochwertige Versorgung. Gerade auch in Regionen wie dem oberen Waldviertel.“

Und die Sportförderungen? Die waren der angenehme Teil der Sitzung – neben der Angelobung von Gemeinderat Michael Glaser und der Wahl von René Schreiber zum Stadtrat (mit 24 von 28 Stimmen) anstelle des in den Gemeindedienst wechselnden Johannes Tüchler, die NÖN hatte vorab berichtet.

Insgesamt werden an Sportvereine auf Antrag von Vize Jürgen Trsek 8.500 Euro für den laufenden Betrieb und 7.000 Euro für die Nachwuchsarbeit ausgeschüttet, die größten Brocken entfallen dabei auf den SC Gmünd (insgesamt 3.500 Euro), SV Eibenstein (3.000) und UBBC (2.500). Der SV Eibenstein erhält zusätzlich 1.000 Euro zum Anlass des 60-jährigen Jubiläums.